

## Wieder einmal beweist das ukrainische Regime seine Verwandtschaft mit dem Faschismus

---

6 Nov. 2022 13:15 Uhr

Die Spitzenvertreter des Kiewer Regimes plädieren für die vollständige "Austilgung" der russischen Sprache in der Ukraine. Russisch ist bekanntlich die Muttersprache von Millionen von ukrainischen Bürgern. Das Paradox besteht jedoch darin, dass ausgerechnet die Mitarbeiter von Wladimir Selenskij ihre eigene Muttersprache zerstören wollen. Wie kam es dazu?



Quelle: [www.globallookpress.com](http://www.globallookpress.com) © Ferdinand Hollweck / imagebroker  
Puschkin Denkmal in St. Petersburg 7.03.2011

*Von Michail Moschkin*

Die russische Sprache muss in der Ukraine "ausgerottet" werden. Darüber sprach der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Alexei Danilow, im Fernsehsender NTA. Er bezeichnete Russisch als Sprache des "Feindes" und fügte hinzu: "Englisch ist Pflicht, unsere Muttersprache ist Pflicht. Von denen (Russen – *Wsgljad*-Kommentar) wollen wir nichts, sollen sie doch zurück in ihre Sümpfe verschwinden und dort in ihrer russischen Sprache quaken."

Erwähnenswert ist, dass Danilow eine Behörde leitet, die für das Kiewer Regime in der gegenwärtigen Situation eine Schlüsselrolle spielt. Im Kriegszustand koordiniert der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat weitgehend die Arbeit der Exekutive im Zentrum und der Beamten vor Ort. Die Erklärung des Beamten zeugt offensichtlich von dem Wunsch der ukrainischen Behörden, den Prozess der Entrussifizierung im Lande zu einem logischen Abschluss zu bringen.

"Die Worte Danilows sind keine Neuigkeit, sondern eine routinemäßige Bestätigung des allgemeinen Kenntnisstandes über das Verhalten dieses Gesindels. In der Ukraine wird seit 20 Jahren über die Austilgung der russischen Sprache gesprochen", sagte Senator Andrei Klimow, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für internationale Angelegenheiten des Föderationsrates, der Zeitung *Wsgljad*. Die Worte Danilows sind Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit sowie Neonazismus und haben rassistische Züge, unterstrich der Gesprächspartner.

Der ehemalige Abgeordnete der Werchowyna Rada Oleg Zarjow ist überzeugt, dass die ukrainischen Behörden beschlossen haben, den Prozess der Austilgung der russischen Sprache und Kultur nach Beginn der Spezialoperation zu beschleunigen. "Kiew hat seine Zurückhaltung aufgegeben und wird diesen Kurs im Eiltempo fortsetzen", betonte der Gesprächspartner. "Die Haltung gegenüber den Russen als Ausgestoßenen wird im Falle einer Niederlage nicht nur in der Ukraine, sondern auf der ganzen Welt zum Ausdruck kommen, und die russische Kultur und Sprache wird dem Untergang geweiht sein. Das kann nur mit militärischen Mitteln verhindert werden.

"Wladimir Selenskij sagte in einem Interview im August letzten Jahres, dass alle, die sich als Russen betrachten und die russische Sprache lieben, zu ihrem eigenen Wohl und dem Wohl ihrer Kinder 'aus der Ukraine nach Russland abwandern' sollten", rief der ständige Vertreter Russlands, Wassili Nebensja, vor Kurzem im UN-Sicherheitsrat in Erinnerung.

Seine antirussische Haltung bestätigt das Kiewer Regime mit Taten. Nur zur Erinnerung an die jüngsten Entscheidungen: Anfang Oktober wurde im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt ein Puschkin-Denkmal niedergerissen, das ein Symbol für die russische Welt ist. In denselben Tagen wurde ein Verbot erlassen, russische Musik aufzulegen und russische Künstler als Gastspieler in der Ukraine zuzulassen. Für das Schuljahr 2022/2023 sehen die Lehrpläne in Kiew "keinen Unterricht in russischer Sprache und keinen Russischunterricht als Fach oder Wahlfach vor". Seit Juli gilt ein Bußgeld von bis zu 300 Dollar für Verstöße gegen das "Mowa-Gesetz" (Dialekt), das insbesondere die Verwendung der russischen Sprache im Dienstleistungssektor regelt.

Gleichwohl sprechen ukrainische Beamte und Militärs, einschließlich des Präsidenten, untereinander weiterhin Russisch, stellte Klimow fest. "Wenn man die abgehörten Funksprüche verfolgt, spricht noch lange nicht jeder Ukrainisch. Hauptsächlich kommunizieren sie auf Russisch und in Fremdsprachen, viel seltener auf Ukrainisch", so der Senator.

Während für Michail Podoljak die "Mowa" höchstwahrscheinlich seine Muttersprache ist (der Präsidentenberater stammt aus Lwow), so kommt Danilow aus der Stadt Krasny Lutsch in der Region Lugansk, wo die absolute Mehrheit Russisch spricht. "Der russischsprachige Danilow, dessen gesamte Familie Russisch spricht, einschließlich seiner Söhne, die er im Westen vor der Mobilisierung versteckt hat, spricht darüber, dass die russische Sprache abgeschafft gehört", bemerkte der Politiker und Blogger Anatolij Scharij auf seinem Telegram-Kanal.

Zum Verbot ihrer Muttersprache bekennen sich der in Kriwoi Rog geborene Selenskij und der Außenminister Kuleba, der in Sumy geboren und aufgewachsen ist, wo die Mehrheit der Bevölkerung ebenfalls Russisch spricht. Folgt man Danilows Direktive über die Austilgung der russischen Sprache, so erweist sich Alexei Arestowitsch, der de facto ein Ideologe des Kiewer Regimes ist, als eindeutiger Delinquent. Der externe Berater des Büros des ukrainischen Präsidenten, der aus der Georgischen SSR

stammende Arestowitsch mit Wurzeln in Weißrussland und Polen, formuliert und sendet seine Ideen regelmäßig und hauptsächlich auf Russisch.

"Dies ist ein sehr interessantes historisches Experiment. Die Austilgung einer Sprache, die einem großen Teil der Bevölkerung als Muttersprache dient. Der psychologische Effekt könnte phänomenal ausfallen", so der Kommentar von Fjodor Lukjanow, Vorsitzender des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik, wissenschaftlicher Direktor des Waldai-Klubs und Professor an der Nationalen Forschungsuniversität der Higher School of Economics, auf seinem Telegram-Kanal. Fügen wir hinzu, dass laut einer TNS-Umfrage gleich viele Ukrainer in ihren Familien sowohl Russisch als auch Ukrainisch verwenden (jeweils 49 Prozent der Befragten). Die Umfrage war im Juni 2019 durchgeführt worden, also bereits nach dem Verlust der mehrheitlich russischsprachigen Krim und des Donbass durch Kiew.

Übrigens beweist eine im September vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie (KIIS) durchgeführte Umfrage über das Ausmaß der Fremdenfeindlichkeit, dass Russophobie und Entrussifizierung ihre Wirkung entfalten. Für jede ethnische Gruppe auf der Liste gaben die Befragten an, wie enge Beziehungen zu Mitgliedern dieser Gruppe sie zuzulassen bereit wären. Insgesamt gab es sieben Optionen: von "Als Mitglieder ihrer Familie" (1) bis "Würde sie nicht in die Ukraine einreisen lassen" (7). Die Durchschnittsnote für die in der Ukraine lebenden Russen liegt bei 5,03.

Das bedeutet, dass ukrainische Bürger, die sich als Russen identifizieren, von den meisten Befragten nicht einmal als "Einwohner der Ukraine", geschweige denn "als Arbeitskollegen", "als Nachbarn" oder "als enge Freunde" gesehen werden. "Die unerwünschtesten Bevölkerungsgruppen, die jetzt in der Ukraine leben, sind die Roma (das hatten wir schon irgendwo) und russische Bürger der Ukraine. Es gibt keinen Nazismus", kommentiert der Telegram-Kanal "Umfragen und Messungen" die Umfrage (KMIS).

"Die Menschen in der Ukraine werden aufgehetzt, sie sind voller Furcht. Ich sprach mit denen, die von dort geflohen sind. Die meisten haben Assoziationen mit Gestapo-Methoden und Staatsterrorismus. Die Menschen werden direkt auf der Straße gepackt und an die Front geschleppt, es ist unmöglich, aus dem Haus zu gehen, um Brot zu holen. Die Menschen können ohne Grund zum [ukrainischen Geheimdienst] SBU gebracht werden, wo sie gefoltert, gequält und eventuell sogar getötet werden. Wenn sich Menschen in der Gewalt der Gestapo befinden, ist es doch nutzlos, sie mit soziologischen Umfragen zu konfrontieren, nicht wahr? Was sollte man von Umfragen halten, die in Konzentrationslagern durchgeführt würden? Das ist eine absolut absurde Geschichte", sagt Senator Klimow.

Der Ansicht Klimows zufolge haben die Anstrengungen der Kiewer Machthaber in den letzten acht Jahren dazu geführt, dass "gewöhnliche Ukrainer sich davor fürchten, darüber nachzudenken, dass sie Sympathien für die Russen empfinden". "Heute liegt das Ergebnis von acht Jahren abscheulicher russophober Arbeit vor. Man bedenke, wie in acht Jahren – von 1933 bis 1941 – aus den Deutschen Faschisten, Nazis, Gestapo und SS wurden", unterstrich der Senator.

Wie die Geschichte des 20. Jahrhunderts zeigt, ist die Verweigerung des Gebrauchs einer anderen Sprache als der Staatssprache für die indigene Bevölkerung eines der charakteristischen Merkmale nazistischer Regime. So wurde in Benito Mussolinis Italien eine harte Assimilationspolitik nicht nur gegenüber den Slawen betrieben (den im Nordosten lebenden Slowenen und Kroaten wurde verboten, ihren Kindern slawische Namen zu geben), sondern sogar gegenüber den Deutschen in Südtirol. Der Begriff "Südtirol" selbst wurde verboten und in die italienische Bezeichnung "Alto Adige" geändert.

Interessanterweise änderte sich die Situation auch mit Beginn des Bündnisses zwischen Mussolini und Adolf Hitler nicht. Im Jahr 1939 wurden die Tiroler Deutschen vor die Wahl gestellt, ihre Muttersprache und Kultur aufzugeben oder ins Dritte Reich abzuwandern.

Im Deutschen Reich wurde die Sprache der Sorben in der Lausitz verboten, die von der ursprünglichen slawischen Bevölkerung Ostdeutschlands abstammen (Bücher wurden beschlagnahmt, Schulen geschlossen, nationale Intellektuelle in Konzentrationslager geschickt). Mit der Besetzung des Elsass im Jahr 1940 wurde die französische Sprache "abgeschafft" – Sprachpatrouillen und die Verbrennung nichtdeutscher Bücher waren an der Tagesordnung. Es ist überflüssig, daran zu erinnern, wie die Nazis die nationale Frage in den besetzten Gebieten der UdSSR, einschließlich der Ukraine, behandelt haben.

Was die Politik Kiews definitiv nicht erfüllt, sind die geltenden europäischen Normen, an denen sich die Ukraine als EU-Beitrittskandidat angeblich orientiert, und die internationalen Konventionen, denen Kiew angeblich verpflichtet ist. So heißt es beispielsweise in der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, die von der Ukraine in den 2000er-Jahren unterzeichnet und ratifiziert wurde, dass eine Sprache, die von zwei bis zehn Prozent der Bevölkerung in einer bestimmten Region gesprochen wird, den Status einer Regionalsprache genießt. Obwohl Kiew die Charta bereits damals als ein Dokument interpretierte, das nur gefährdete Sprachen schützt, während Russisch in der Ukraine noch nicht zu diesen Sprachen zählt.

Und selbst wenn man die russischsprachigen Bürger der Ukraine lediglich als nationale Minderheit betrachtet, gibt es eine UN-Deklaration über die Rechte von Personen, die zu nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten gehören. Das Dokument räumt ihnen das Recht ein, "seine Sprache privat und in der Öffentlichkeit frei und ohne Einmischung oder Diskriminierung in irgendeiner Form zu benutzen" (Artikel 2 Absatz 1 der Deklaration).

Die Sprachpolitik Kiews widerspricht auch der europäischen Praxis. So betrachtet Finnland die Existenz der schwedischen Gemeinschaft (etwas mehr als fünf Prozent) keineswegs als Bedrohung für sich selbst, und ihre Sprache ist als zweite Amtssprache anerkannt. In der Schweiz gibt es vier gleichberechtigte Amtssprachen: Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch (Letzteres wird von nicht mehr als 70.000 Menschen gesprochen). In Belgien gibt es zwei Amtssprachen, nämlich Niederländisch und Französisch, während in Spanien neben dem Kastilischen auch Baskisch, Katalanisch und anderen Sprachen, die während der Franco-Diktatur verboten waren, regional anerkannt sind.

Wenn in der Ukraine eine gründliche Entmilitarisierung stattfindet und das Neonazi-Regime und seine Folgen beseitigt sind, so wird nach einiger Zeit ein großer Teil der Menschen aufhören, in Furcht zu leben und sich zu verstecken, und zur Normalität zurückkehren, bemerkte Senator Klimow.

Zarjow fügt hinzu, dass Russland in den vergangenen acht Jahren für eine strikte Umsetzung der Minsker Vereinbarungen eingetreten sei, "und viele hofften, dass das Sprachenproblem irgendwie verschwinden würde". "Doch im Endeffekt haben wir bekommen, was wir bekommen haben. Die Ergebnisse der Meinungsumfrage sind eine Folge unserer Fehler. Und es ist größtenteils unsere Schuld, dass die Russen jetzt ihre Identität und die russische Sprache aufgeben und dass die Russischsprachigen auf der Seite der ukrainischen Streitkräfte kämpfen. Acht Jahre lang hatten wir sie

mit der ukrainischen Propaganda völlig alleingelassen, und all das hat solche Früchte getragen", resümierte Zarjow.

*Übersetzt aus dem [Russischen](#). Zuerst erschienen bei Wsgljad.*

*RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.*